

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 23/45. Jahrg.

10. Juni 1932

**ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.**

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freilag. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu bezich. durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Welpostvereins 1.- Mk.

### Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-Schluß: Montag, Ferruf: B 2, Lützow 5583.  
Verlag: Johannes Hoff, Berlin W 9. - Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk. bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagsgart Schkeuditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

## Die Reaktion in Front!

Die Wirtschaftskrise mit ihrer Wirtschaftsnot treibt sonderbare Blüten. Die Regierung Brüning ist demissioniert, ein Reiherrnenkabinett berufen und der Reichstag aufgelöst worden. Wie die reaktionäre Front durch den Reichspräsidenten verkündet ließ, spiegle der Reichstag die lebendigen politischen Kräfte nicht wider. In Wirklichkeit wittert sie Morgenluft. Die Reaktion glaubt die Zeit gekommen, die aus der wirtschaftlichen Entwicklung geborene Verzweiflung des Spießbürgertums in politischen Gewinn für ihr immer noch lebendiges Machtstreben ummünzen zu können. In Tatsache versinkt die Welt des Kleinbürgertums. Der Kapitalismus steht an einer Wende, er muß um seine Existenz kämpfen und vernichtete deshalb zunächst die sogenannten Mittelschichten, die seine Trabanten waren und seine Gegner hätten sein müssen, weil auch sie nur seine Werkzeuge waren. Nun geht es gegen die Arbeiterklasse!

Die neueste politische Entwicklung in Deutschland zeigt eigentlich nur an, daß der Kapitalismus in ein neues Stadium seiner Geschichte eingetreten ist. Jetzt muß selbst Ignoranten klar werden, daß der Kapitalismus nur noch auf Kosten proletarischer Kulturbedürfnisse leben kann. Der Kampf unserer Unternehmer gegen die winzigen sozialen Erwerbenschaften der Gehilfenschaft ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Ringen, das um die soziale Lage der Arbeiterklasse begonnen hat. Die Regierung Brüning mußte gehen, weil sie trotz Lohnabbau und Verschlechterung der Sozialgesetzgebung nicht willig genug war, die ganze Staatsmacht zur Niederdrückung des Proletariats einzusetzen und vermeinte, die Grundprinzipien der sozialen Gesetzgebung auch über die Krise hinüberretten zu müssen. Der Sturm der Reaktion geht zunächst gegen die Arbeitslosenversicherung und die leise Hilfe für die Arbeitslosen.

### Arbeiterschaft und Nationalsozialismus

I.

Die Wahlen zu den verschiedenen deutschen Länderparlamenten zeigten erneut den großen Zersetzungsprozeß innerhalb der bürgerlichen Parteien. Die kleinen Mittelparteien sind fast vollständig aufgelieben. Zum Steger über diese Parteigruppen wurde der Nationalsozialismus. Aber diese Wahlen zeigen andererseits, daß den Nazis auch ein gewisser Einbruch in die äußerste Linke des „Marxismus“ gelungen ist. Diese Tatsache erscheint dem politischen Menschen kaum verwunderlich. Eine Partei hat nicht nur überzeugte Mitglieder und Anhänger, sondern eine breite Wählerschicht mit den verschiedensten Erwartungen. Die radikale Linke verfiel in der letzten Vergangenheit in Agitationsmethoden, die sich nicht mehr von denen der extremen Rechten unterscheiden. Ist es unter solchen Umständen ein Wunder, wenn Teile der kommunistischen Wähler zu der Partei überlaufen, die am meisten Aussicht hat, in nächster Zukunft die gleichlautenden Forderungen zu verwirklichen?

Das Ergebnis der Wahlen zeigt weiter, daß in den großen Städten der Einfluß der organisierten

Die Ritter vom Halm und die Barone vom Schlot haben sich wie üblich zu trauriger Gemeinschaft zusammengefunden, um gegen das Proletariat anzurennen. Ihre Lanzknechte sind die Nazis. Die Wahlerfolge der Nazis, in erster Linie eine Zusammenschweißung der kapitalistischen Front mit ungeheuren Geldmitteln der Reaktion, sollen voll ausgewertet, die Früchte der kapitalistischen Knüppelgarde eingeharnt werden. Wer Knecht ist, soll nach alter Herrenmoral wieder Knecht bleiben müssen, an der Peripherie des Lebens vegetierend und gut genug, sich zur höheren Ehre der Kaste die Knochen zerschneiden zu lassen. *Das ist das Ziel der Nazis:*

### Die Arbeiterklasse zum Pauperismus herabzudrücken und sie dem Krieg in den Rachen zu werfen.

Die Nazis und ihre Aushalter sollen sich verrechnet haben! Die Arbeiterklasse, gewillt, die Gegensätze legal auf demokratischem Boden auszufeuchten, wird ihren Gegnern mit den gleichen Mitteln des Kampfes begegnen, die sie anwenden. Auf einen Schelmen setzen wir anderthalben! Die Reaktion darf gewiß sein: Auch die Loyalität von 1918 kehrt in der Geschichte nicht wieder!

Noch ist die politische Krise latent, noch ist Hindenburg nicht widerlegt, die Verfassung des Deutschen Reiches zu schützen, noch sind Reichstagswahlen in Sicht. Aber die Zeit ist für die Arbeiterklasse ernst, bitter ernst. Die Reaktion erhebt drohender ihr Haupt als je. Sie will die Arbeiterklasse mit ihren ausgehaltenen Nazitruppen vernichten! schlagen! Da gilt nur ein Ruf:

**Arbeiterschaft, auf die Schanzen!  
Gegen Reaktion und Faschismus!  
Für Demokratie und Sozialismus!**

Arbeiterschaft erhalten blieb. Die „Eiserne Front“, dieses wuchtige Symbol einer geschlossenen Arbeiterbewegung, ist dort nicht ohne Wirkung geblieben. Die gewaltigen Kundgebungen lieferten einen Beweis der lebendigen Kräfte, die in der Arbeiterschaft zu einer neuen Gesellschaft drängen, die keine Macht der Vergangenheit vernichten konnte und in Zukunft vernichten wird.

So gewaltig der Eindruck solcher Kundgebungen in der Öffentlichkeit auch ist, genügt diese Arbeit nicht zum weiteren Ausbau unserer Machtpositionen. Der Unterschied zwischen sozialistischer und nationalsozialistischer Bewegung liegt nicht in den Formen des öffentlichen Auftretens, sondern in der inneren Geschlossenheit unserer Organisation, die das Ergebnis einer intensiven Bildungsarbeit ist. Die Erfolge einer systematischen Bildungsarbeit erheben die Arbeiterbewegung haushoch über den nationalsozialistischen Haufen. Diese Erfahrung zwingt uns in einer Zeit, wo Schwindel und Lüge das politische Leben versuchen, durch Bildungsarbeit dort Klarheit zu schaffen, wo dieser politische Schwindel bereits Fuß faßt. Der größte politische Schwindel heißt Nationalsozialismus, und sicher ist die Zahl der verzweifelten Proletarier nicht gering, die den Verlockungen skrupelloser Agitatoren zum Opfer

fallen. Diese Schichten muß unsere Bildungsarbeit erfassen. Den gedankenlos hinter Hitler herlaufenden Arbeitern, die Hitler eigentlich nur deshalb ihre Stimme geben, damit er beweisen kann, ob er in der Lage ist über das Elend Herr zu werden, gilt es zu beweisen, daß ihr Weg verkehrt ist und sie für diese Bewegung nur Stimmvieh bilden, das nach Erreichung der Macht zum Dank aller sozialen und politischen Rechte beraubt wird.

Auf das Schlagwort: „Kampf dem Marxismus“, baut sich die gesamte rechtsradikale Propaganda auf. Keiner der „großen Volksredner“ macht sich die Mühe, seinen Zuhörern etwas über das Wesen des Marxismus zu sagen. Er braucht das auch gar nicht, denn alle wissen, was unter dem Begriff gemeint ist. Der Marxismus ist für alle Kreise, die mit der Welt nicht mehr zufrieden sind, der große Sündenbock geworden. Daß eine in solchem Ausmaße noch unbekanntere Wirtschaftskrise die ganze Welt mit grenzenlosem Elend überschüttet, ist Schuld des Marxismus, daß der vom Kapitalismus zerstörte Mittelstand seine Träume schwinden sieht, geht auf das Konto des Marxismus, daß der Bauer Steuern und Zinsen zahlen muß, verdankt er dem Marxismus, und alle die anderen, die unter der Zeit leiden, erhalten zum Trost die Formel über die Schuld des Marxismus. Wer aber doch etwas näheres über den Marxismus erfahren will, wird bald mit dem Argument, das Marx ein Jude war, genügend aufgeklärt sein, denn für diese Kreise ist es selbstverständlich, in der Gedankenarbeit eines Juden nur die Absicht zu sehen, das deutsche Volk zu unterjochen. Demgegenüber muß diesen Leuten gesagt werden was Marx dem Proletariat lehrte, und warum noch heute Millionen in seinen Theorien den Weg zur Befreiung aus kapitalistischer Ausbeutung sehen. In wenigen Sätzen sollen einige Grundgedanken entwickelt werden.

Die ersten politischen Regungen der arbeitenden Bevölkerung wurden in Deutschland von bürgerlichen Parteien aufgefangen. Diese Parteien wollten durch die Stimmen der Arbeiter zur Macht kommen, und versprochen den Arbeitern, sich für soziale Forderungen einzusetzen. In diese Zeit fällt das „Kommunistische Manifest“, das dem Arbeiter zeigte, daß seine Befreiung aus der kapitalistischen Ausbeutung nur das Werk eines von der Arbeiterschaft selbständig geführten Klassenkampfes sein kann. Die Geschichte beweist, daß große soziale Kämpfe immer Klassenkämpfe waren. Marx zeigte dem Proletariat die Notwendigkeit sich von allen Einflüssen anderer Klassen freizumachen, um als proletarische Klasse die Aufgaben erfüllen zu können, die eine Befreiung ermöglichen. Auf dieser Erkenntnis bauten die großen Arbeiterführer im vergangenen Jahrhundert die Arbeiterorganisationen auf. Die Richtigkeit dieses Prinzips beweist die Kette sozialer Errungenschaften, ausgehend von der grenzenlosen Ausbeutung der frühkapitalistischen Epoche bis zum Achtstundentag und der Arbeitslosenversicherung. Wer diese Tatsachen nicht sieht, muß bewußt die Augen schließen, wenn die soziale Gestaltung der vergangenen hundert Jahre einer Betrachtung unterzogen werden. Der Kapitalismus weiß, wohin diese Entwicklung führt, und greift zum Nationalsozialismus, als letzter Versuch zur Rettung seines sterbenden Wirtschaftssystems.

Eine Bewegung kann nur die wirtschaftlichen Interessen einer Klasse vertreten. Bei den Nazis schreitet in froher Harmonie der Industriearbeiter und der Bankfürst neben dem geborenen Fürsten, und in der nächsten Reihe der Grundbesitzer neben dem Krämer und Zuckerbäcker, und dann kommt der Arbeiter und Bauer, und die große Masse zu stellen. Eine Klasse muß bei diesem Manöver betrogen sein. Den Kleinen wird in aller Öffentlichkeit der Kampf gegen die Großen versprochen, aber was wird hinter verschlossenen Türen den Großen gegen die Kleinen versprochen? Das ist ein Geheimnis, von dem nur ab und zu ein Funke Wahrheit durch die Türritzen dringt. Bei einem solchen Theater macht am Ende der Arbeiter ein dummes Gesicht, wenn sich die Früchte der heiligen Volksgemeinschaft zeigen. Bleiben

wir lieber bei dem verfluchten Klassenkampf, dann wissen wir wenigstens, wo wir stehen!

Das Hauptverdienst von Karl Marx ist die Erforschung der kapitalistischen Produktionsweise. In seinem Werke „Das Kapital“ analysiert er das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung und die Entwicklungsgesetze dieser Wirtschaft und zeigt, daß die Vergeßlichkeit der Produktion immer mehr in Widerspruch gerät mit den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen. Die Arbeiterklasse hat die historische Aufgabe, diese Eigentumsverhältnisse zu beseitigen, damit der Segen einer organisierten Wirtschaft der ganzen Gesellschaft zufließt.

Wie notwendig gesellschaftliche Eingriffe in die Privatmacht des Kapitalismus sind, beweisen die täglichen Zusammenbrüche kapitalistischer Unternehmen. Wenn die erprobten Wirtschaftsführer nicht mehr weiter wissen, dann muß der Staat, der sonst aus dem Bereiche der Wirtschaft verdammt wird, seinen Säkel öffnen, um die Schulden dieser Unternehmen zu sozialisieren. Es kann und darf kein Dauerzustand werden, in dem das Kapital die Gewinne als selbstverständliche Risikoprämie kassiert, und die Verluste der Allgemeinheit aufbürdet. Die Schreier gegen den Marxismus werden schon noch einsehen müssen, daß die große Arbeit des Marxismus noch in der Zukunft liegt, und kein Gezeiter kann die Arbeiterbewegung von dieser Aufgabe abhalten.

## II.

Eine tiefe Wahrheit ist auch im Nationalsozialismus enthalten, nämlich die Erkenntnis, eine Massenbewegung nur durch ein sozialistisches Wollen aufbauen zu können. Auch die Nazis wissen die lebendigen Kräfte des Sozialismus zu schätzen, sei es nur zu agitatorischen Zwecken. Die Partei hat zwar in ihrem Firmenschild das Wort „sozialistisch“, aber das Programm und noch viel weniger die Praxis der Nazis bestätigen die ernste Absicht, sozialistische Bestrebungen zu verwirklichen. Die Nazis besitzen ein im Jahre 1920 veröffentlichtes Programm, bestehend aus 25 Punkten, von denen sich ganze sieben Punkte mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigen. In dem Programm ist alles enthalten, was ein durch die Revolution kopflös gemachtes Kleinbürgertum noch geistig produzieren konnte. Trotzdem die Zeit eine Revision des Programmes verlangt, lehnte der Führer diese immer wieder ab, mit dem trefflichen Hinweis, daß das Programm festliege und er kein Rütteln an diesen Grundlagen dulde. Das Programm blieb unverändert. Was die Zeit an Klarheit verlangte geschah durch Erläuterungen und Beruhigungsspielen an die Adresse all derer, die durch die sozialistischen Punkte ihr heiliges Eigentum bedroht sahen. So weit es sich um wirtschaftliche Fragen handelt, stammen diese Beruhigungsspielen hauptsächlich von dem dazu berufenen Gottfried Feder. Diese Taktik reißt sich reibungslos in die Betrugschneise ein. Zur besseren Propaganda bleibt dem Programm der sozialistische Anstrich, kommt eine Interessengruppe, der dieser verwässerte Sozialismus noch zu rot ist, dann werden unruhige Seelen wieder ins Gleichgewicht gebracht durch bereitwillige Versprechungen, daß die Nazis gar nicht daran denken dem Privateigentum gefährlich zu werden. Einige Programmpunkte in Theorie und Praxis sollen diese Behauptung beweisen.

Das Herzstück, wie es manche Nazis bezeichnen, ist der Punkt elf, der die Beseitigung des arbeits- und mühelosen Einkommens und die Brechung der Zinsnechtschaft fordert. Die so einfache Forderung, die eigentlich nicht mißverständlich werden kann, hat selbst bei den Nazis solches Unheil angerichtet, daß in der Programmschrift zu lesen ist, keine 1000 Bücher und keine 100 Propheten sind in der Lage diesen einen Gedanken in allen Einzelheiten darzustellen. (!)

Jeder volkswirtschaftliche Ab-Schütze weiß, daß in der kapitalistischen Wirtschaft das Kapital als unpersönliches Kapital eine große Rolle spielt. Die großen Unternehmungen sind Gesellschaften, deren Kapital zumeist aus Aktien, also aus geliehenem Geld besteht. Eine andere Erscheinung der Wirtschaft ist der ungleiche Produktionsgang. An einer Stelle werden Kapitalien frei, während andere Wirtschaftszweige unbedingt Kapital gebrauchen. Aus dieser Tatsache ergeben sich zwei Folgerungen. Die Wirtschaft braucht eine Einrichtung, deren Aufgabe es ist Kapital, das frei ist, zu sammeln und dahin zu leiten, wo es benötigt wird. Und da diese Tätigkeit volkswirtschaftlich und kapitalistisch erforderlich ist, ist es unnötig, diese Arbeit als mühelose Arbeit zu bezeichnen. Die zweite Folgerung besagt, daß der Zins ebenfalls eine Erscheinung kapitalistischer Wirtschaft ist, der nur durch Beseitigung des Privateigentums aus der Welt geschafft wird. Es wird keinem Nazi gelingen, irgendeinen beherrschenden Geldbesitzer zu finden, der sein Geld ohne Zins ausleiht. Besitzt jemand Eigentum und soll es ohne Zinsaussichten einem Unternehmer zur Verfügung stellen, dann zieht es der Besitzer vor, sein Vermögen zu Hause einzuschließen, dann hat er wenigstens die Gewißheit, daß der Unternehmer nicht mit seinem Eigentum Pleite macht. Diese einfache Überlegung zeigt schon, daß eine Wirtschaft,

die auf Kredite angewiesen ist, nicht den Zins beseitigen kann. Die Praxis stellt die Nazis auch in Brechung der Zinsnechtschaft in ein anderes Licht. Bekannt dürfte sein die Stellung der von den Nazis geführten Regierungen Braunschweigs und Thüringens zu den Zinssätzen der Aufwertungshypothenken. Preußen wandte sich gegen die von der Reichsregierung festgelegte 7½-prozentige Zinshöhe, die besagten Länder traten für den hohen Zinssatz ein. 1929 legten die Nazis eine Zwangsanleihe auf, die mit einem halben Prozent unter Reichsbankdiskont verzinst wurde (7 Proz.). Als Pfandbriefbesitzer gegen die Brechung der Zinsnechtschaft rebellieren, beruhigt sie Herr Feder, daß diese Zinsbeträge nicht so wesentlich seien und man gar nicht beabsichtige diese Zinsen abzuschaffen. Das zur selben Zeit, wo im Lande die Agitatoren den Bauern die Befreiung von den Zinslasten versprechen. Was bleibt von dem Herzstück übrig, nichts als eine üble Phrase zum Dummenfang. Die Doppelzüngigkeit kann nirgends treffender geißelt werden.

Zur Brechung der Zinsnechtschaft gehört auch die Federsche Geldtheorie, deren Auswirkungen bereits von Prof. Nölting als ein toller Inflationenladen bezeichnet wurde. Alle Projekte, die der Staat finanziert, entstehen nicht mehr durch verzinsliches Kapital, sondern der Staat gibt Banknoten in der Werthöhe des Projektes aus. Aus der Rentabilität werden dann im Laufe der Jahre die Schulden zurückgezahlt und die Banknoten wieder aus dem Verkehr gezogen. Der Geldumlauf in Deutschland beträgt 6 Milliarden. Jährlich wurde in guten Jahren allein für 3 Milliarden Wohnungen gebaut. Rechnet man von Jahr zu Jahr diese Summe, zu der noch die anderen Staatsprojekte kommen, zu und stellt den geringen Rückfluß in Rechnung, dann erkennt jeder, daß in einigen Jahren Deutschland in Geld schwimmt, was nichts anderes wäre als eine riesige Inflation.

Wer den Punkt 17 liest, hat seine Freude an dieser sozialistischen Forderung nach Bodenreform und Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden zu gemeinnützigen Zwecken. Das ist schön, aber was sagen Hitlers Bauern, die doch die Masse seiner Wähler stellen? Sie verteidigen ihre Scholle und prompt liefert Hitler eine Erklärung, die vom Sozialismus nichts mehr zurück läßt. Die Nazis stehen auf dem Boden des Privateigentums, heißt es darin, enteignet wird nur unrechtmäßig erworbener Boden (als ob in einem Rechtsstaat etwas unrechtmäßig erworben werden könnte) und solcher, der nicht nach dem Gemeinwohl verwaltet wird. Der Schlußsatz lautet, dieser Punkt wendet sich in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften. Der Bauer kann beruhigt auch weiterhin dieser sozialistischen Partei seine Stimme geben.

Noch ein Punkt, der uns als Gewerkschafter angeht. Punkt 14 verlangt Gewinnbeteiligung bei den Großbetrieben. Der Ausschluß der Mittel- und Kleinbetriebe bringt, wie auch andere Stellen des Programms, zum Ausdruck, daß man bei der Entstehung der Bewegung sich die Schaffung eines gesunden Mittelstandes als Ziel setzte. Die Gewerkschaften sind immer Gegner von Bestrebungen gewesen, den Arbeiter durch Gewinnbeteiligung an das Schicksal des Betriebes zu fesseln. Die Gewerkschaften erstreben einen anständigen Arbeitslohn, mit dem der Arbeiter rechnen kann. Gewinnaussichten verlangen eine Arbeiterschaft, die sich in der Erwartung des Gewinnes mit jedem Lohn zufriedengibt und jeden Arbeitskampf vermeidet. Am Jahresende weiß dann die Bilanz keine Gewinne auf, der Arbeiter hat das Nachsehen für sein Streben während des ganzen Jahres. Trotzdem die Abrechnung keine großen Gewinne zu zeigen braucht, scheint es doch Unternehmer gegeben zu haben, die an dem Programmpunkte Anstoß nahmen, denn Herr Feder erklärte, daß er sich die Sache nicht so denke, jedem Arbeiter einen Anteil auszuzahlen, sondern aus dem Gewinn sollen Werkwohnungen, Sportplätze und andere Dinge geschaffen werden. Ach so, wird der Kapitalist erleichtert aufatmen, denn ihm fällt ein, daß bekannte Großunternehmen solche Einrichtungen bereits getroffen haben, mit der Absicht, den Arbeiter an den Betrieb zu fesseln.

Mit diesen Vergleichen könnte man fortfahren, es käme immer das gleiche Ergebnis heraus. Alles was im Programm irgendeinen sozialistischen Anstrich hat, wird durch Erläuterungen seiner Kraft beraubt. Für die Massen bleibt aber das ungeänderte Programm erhalten. Deshalb kann man das Programm nicht diskutieren ohne im Besitz der verschiedenen Auslegungen zu sein. Unsere Aufgabe wird es sein, immer wieder auf die verschiedenen Rezepte hinzuweisen.

Zum Schlusse soll der Arbeiter nie vergessen, daß diese „Arbeiterpartei“ in ihrem Programme das Wort Arbeiter an keiner Stelle erwähnt. Aufschluß über die Stellung des Arbeiters im Dritten Reich geben nur die Bemerkungen der Führung bei besonderen Anlässen. Hitler erzählt von der Herenmoral, die den Auserlesenen das Recht gibt über die Masse, die nur essen und spielen will, zu herrschen, und wie Feder über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter denkt, geht daraus her-

vor, daß er die Betriebsräte als eine Einrichtung betrachtet, die durch Quasselie die Arbeit aufhält.

Die Arbeiterschaft verzichtet auf all den Segen des Dritten Reiches und wird mit erneuter Kraft vorstoßen, um die Zahl derer, die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes eine neue Gesellschaft erstreben, zu vermehren. Prolet.

## Die Gewerkschaften im „Dritten Reich“

Die durch langjährigen Fleiß und Opfermut der Arbeiter errichteten Gewerkschaften sind ernstlich in Gefahr, zertrümmert zu werden. Sie sind die Hauptstützen des um Lohn und Brot ringenden Menschen im Kampfe gegen Kapital und Ausbeutung.

Als auf der Tägung der Schwerindustriellen mit dem Führer der Nationalsozialisten: Hitler, in Düsseldorf, derselbe gefragt wurde, was er als erstes zu tun gedenke, wenn er an die Macht käme, antwortete er: „Die Gewerkschaften zerschlagen!“

Getreu nach dem Vorbilde Mussolinis, der seinen Aufstieg erreichte, indem er die Gewerkschaften unterdrückte und vernichtete, die Gewerkschaftsführer brutal verfolgte, in die Verbannung schickte und in die Gefängnisse werfen ließ, sollten in Deutschland die Gewerkschaften vernichtet werden. — Man empfand sie ja auch als störendes Werkzeug zwischen den Interessen des Kapitals und der Arbeitnehmer. Sie waren die Organisationen, die die wahre Lage der Arbeiter erkannten und vertraten, sie gingen auf geradem Wege vor, nicht rechts und nicht links blickend, jede süßliche Kompromißbendenz mit Unternehmern, die sich in der Propagierung von gelben Gewerkschaften zeigte, vermeidend. Sie waren es, die zuerst die Idee des Tarifgedankens aufgriffen und seiner Verwirklichung entgegenführten. Diese Tarifverträge, die dem Arbeiter einen Ruhepunkt in den stetigen Kämpfen um Lohnhöhe bringen sollten, waren gewissermaßen als vorläufiger gewerkschaftlicher Friedensvertrag gedacht.

Unter einer Diktatur Hitlers, in dem viel auf Vorschub gepriesenen Dritten Reich, wäre eine Kampfätigkeit zugunsten des Tarifgedankens überhaupt gar nicht möglich, da die Gewerkschaften gewaltsam unterdrückt, wenn nicht ganz vernichtet, aber doch auf ein ganz geringes Maß ihrer Selbständigkeit und Wirkungsfähigkeit reduziert würden. Auf diese Weise schafft man die Vorbedingungen zu einer Grundlage für das Dritte Reich und schafft sich zu gleicher Zeit die unbequemsten Gegner vom Halse.

Diese Bereinigung oder Erledigung mißliebiger Persönlichkeiten geht natürlich nicht friedlich ab, sondern wird auf die brutalste Weise ausgeführt, so durch rücksichtslose, grausame Verfolgung der Gewerkschaftsführer und Funktionäre, die entweder ins Gefängnis geworfen, in die Verbannung geschickt oder auch mit dem Tode bestraft werden. Das wären die Zukunftsaussichten, die den Gewerkschaften in dem saganunwobenen Dritten Reich bevorstehen würden. Auch unser Verband wäre hiervon stark betroffen, denn seine Lohnregulierungen waren immer in dem Tarifgedanken eingebettet; er war es auch, der denselben von Anfang an propagiert und in erster Linie zur Schaffung von Tarifverträgen ange-regt hat.

Was im kommenden Dritten Reich an Stelle der Tarifverträge gesetzt würde, ist natürlich noch unklar — voraussichtlich gar nichts. Vielleicht auch eine Art Tarifverträge, die in ihren Grundzügen aber nur die Form einer zwangsmäßigen Arbeitsdienstpflicht hätten mit wenig Geld, und in strenger Kasernen-Dienstgewalt jede individuelle Freiheit und selbständige, auf gewerkschaftliche Betätigung abzielende Regelung im Keime erstickend. Das ist offenbar die Absicht der nationalsozialistischen Wirtschaftsplanwirtschaft, Arbeit mit kasernenartiger Planwirtschaft einzuführen, aber mit ganz geringer Entlohnung. Hierzu wäre zu sagen, daß dieser Art Arbeitsbeschaffung nicht viel geistiger Vorwärtstrieb gehört; weder volkswirtschaftliche Fähigkeiten noch eine strukturelle Kenntnis des Wirtschaftsnetzes sind erforderlich, um eine derartige Arbeitsbeschaffung zu ermöglichen. Wenn die Nationalsozialisten auf ihren Plakaten und Flugblättern „Arbeit und Brot“ verheißen, so ist das eben nach eigener Art auszuliegen. Es ist ja möglich, daß es in diesem nebelhaften Dritten Reich keine Arbeitslosen gibt, aber nur auf die geschilderte Weise der kasernierten Arbeitsdienstpflicht und mit so wenig Einkommen, daß jeder arbeitende Mensch kaum mehr hat als heute der Arbeitslose. Zu einer derartigen Auffebesserung der Volkswirtschaft gehört aber nicht viel volkswirtschaftliches Genie, sondern das kann schließlich ein jeder unter mittelmäßig begabte Wirtschaftsreformer. Ein staatsmännisches und volkswirtschaftliches Genie ist erforderlich, um das deutsche Staatsschiff auf der heutigen Grundlage wieder in die richtigen Bahnen zu lenken, und dazu ist mehr Wissen und Geistesschärfe erforderlich, als Hitler und seine Wirtschaftstheoretiker aufzubringen imstande sind. Ein nationalsozialistisches Wirtschaftsprogramm, was aus hundert Flickens zusammengesetzt ist, von überall

etwas hergeholt, wo ein Pragraph den anderen umwirft, kann unmöglich aus den heutigen Verhältnissen ein großzügiges Wirtschaftsgebilde formen.

Man hat in Wirklichkeit von dieser Seite aus auch gar nicht die Absicht, die Lage der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern, sondern man will nur ein Klassensystem schaffen, in dem der Industriearbeiter sowohl wie der Angestellte und der Landarbeiter als Angehörige einer niederen Klasse in ein Hörigkeitsverhältnis gepreßt wird, das am liebsten den vormärzlichen Verhältnissen der pommerischen Landarbeiter entspricht.

Dieser Ausspruch: „Die Gewerkschaften zerschlagen“, zeugt von der Erkenntnis der Kraft und Stärke der Gewerkschaften. Er dokumentiert zugleich, welcher Wert der gewerkschaftlichen Tätigkeit innewohnt, den er ihnen auch zumißt, er ist ein Zeugnis für die Notwendigkeit derselben und ein Beweis, wie man sie fürchtet. Mit diesem Ausspruch ist die ganze arbeitfeindliche Tendenz der nationalsozialistischen Partei gekennzeichnet.

Wenn erst die Gewerkschaften zerschlagen sind, dann ist schon ein Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt, dann ist auch der Weg frei für die Beseitigung anderer sozialer Einrichtungen, dann kann mit dem großen Aufräumen begonnen werden. Was sonst noch unter einer Diktatur Hitler an gewerkschaftlichen und sozialen Errungenschaften verschwinden würde, wäre nicht wenig, die ganze Sozialgesetzgebung, die doch zum größten Teil ein Werk der Gewerkschaftsbewegung und der politischen Partei der Sozialdemokratie ist, wäre vernichtet worden. Nicht nur die Selbstverwaltung der Krankenkassen, die Arbeitslosen- und Krisenversicherung, die Wohlfahrtsunterstützung, die Arbeitsvermittlung, die Alters- und Invalidenversicherung, sondern auch die Arbeitsgerichte und ähnliche, den Arbeiterinteressen dienende gemeinnützige Institutionen würden vom Erdboden verschwinden. Man hat ja auch ganz offen angedeutet, daß derartige, Unterstützungszwecken dienende Einrichtungen, die angeblich nur die Faulheit und Arbeitsscheu fördern, beseitigt werden müssen.

So wäre die jahrzehntelange Gewerkschaftsarbeit mit einem Schlag zertrümmert worden, wenn ein Hitler an die Spitze Deutschlands käme. Mit skrupellosem Raffinement haben politische Hetzer und Demagogen eine leichtgläubige Bevölkerung in ihren Bann gezogen und ihr unter allen möglichen lockenden Versprechungen eine glückverheißende Zukunft vorgewinkt. Und die Leute glaubten daran, sie folgten diesen Sirenenrufen und ließen sich von den nationalsozialistischen Klopffechtern einfangen, obgleich doch klar zutage lag, daß es diesen Leuten nur auf den Stimmenfang der Arbeiter ankam, um zur Macht zu gelangen, und dann im Schlepptau der Schwerindustrie als gefügiges Werkzeug derselben Handlangerdienste zu leisten.

Die nationalsozialistische Bewegung, die in ihren ersten Anfängen nach dem Kriege einsetzte, konnte nur als Folge des Krieges entstehen und war ein Produkt der aus den Nachwirkungen desselben hervorgegangenen ungeheuren Wirtschaftskrise. Nur auf dem Boden der großen Arbeitslosigkeit konnte ein innerlich so hohles Gewächs wie der Nationalsozialismus gedeihen.

Rätselhaft ist und bleibt, wie sich diese Millionen einfangen und den Verheißungen, schönen Reden und Versprechungen einer gewalttätigen Terrorgruppe Gehör schenken konnten. Man kann es eine geistige Seuche nennen, die über das Land kam und, sagen wir — den Mitläufern dieses Spukes die Gehirne vernebelte. Erst recht unbegreiflich ist, welche ungläubliche Suggestion dieser großsprecherische, politische Scharlatan auf einen großen Teil der deutschen Bevölkerung ausüben konnte.

Was dieser und sein Anhang noch an Gewaltmaßnahmen und blutigen Terrorakten auf eine leidende Bevölkerung gehäuft hätte, wenn er an die Macht käme, beweisen ja das Boxheimer Blutdokument und andere Korrespondenzen, Aussprüche und Reden Hitlers und seiner Unterführer. Gewalt, Gefängnis, Verbannung, Folter und Todesurteile, das sind die Kunststücke rühmrediger Diktatoren, hinter denen sie ihre geistige Unfähigkeit, wirtschaftliche Zustände zu verbessern, verbergen.

H. Kahnt.

### Was bringt das Dritte Reich der deutschen Arbeiterschaft

„Fort mit dem System“, so hörten wir in den letzten Wochen viele irreführende und verärgerte Menschen reden. Die unglücklichsten und unhaltbarsten Versprechungen der NSDAP. Phrasenhellden hatten bei einigen, durch lange Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit zermürbten und ausgepreßten Arbeitern einen Hoffungsstrahl auf Besserung zurücklassen. „Es muß anders werden“, das war der Trost verschiedener Mitläufer dieser sogenannten Arbeiterpartei.

Die vielen Änderungen und Verbesserungen im Dritten Reich, dem Paradies der sogenannten Arbeiterpartei, wollen wir heute kennen lernen. Unter dem Titel „Der Wirtschaftsaufbau im Dritten

Reich“ werden sie uns in deutlicher Form von Dr. Alfred Pfaff, Mitglied des Reichswirtschaftsrates des NSDAP, in einer Broschüre geschildert. In dieser Broschüre sagt Dr. Pfaff im III. Punkte Aufgabe der Ständekammern unter 1 über Arbeitslohn und Arbeitszeit folgendes:

„Grundsätzlich ist bezüglich des Arbeitslohnes zu sagen, daß jede Gleichmacherei wie sie nach 1918 versucht, inzwischen allerdings wegen ihrer Undurchführbarkeit vielfach wieder aufgegeben wurde, unbedingt zu verwerfen ist. — Die Begründung eines höheren Lohnes lediglich aus der Tatsache eines schon erreichten höheren Alters kann nicht als berechtigt anerkannt werden. — Als gleichberechtigt mit höherer Leistung auf wirtschaftlichem Gebiet kann in gewissem Umfang auch der Wert des einzelnen für die Volksgesamtheit eingeschätzt werden, so daß z. B. eine größere Kinderzahl auch in der Entlohnung berücksichtigt wird.“

Dieses besondere Entgegenkommen, den Familien mit größerer Kinderzahl gegenüber, wird jedem einzelnen klar werden, wenn er in derselben Broschüre Seite 10 aufschlägt und liest unter Außenpolitik und Wehrmacht:

„Wie überall in der Natur der Schwache weichen muß, wenn der Starke auf den Plan tritt, so auch unter den Völkern. Hier steht Lebensrecht gegen Lebensrecht und der blutbedingte Kampf zwischen beiden gestaltet die Geschichte, und Sieger bleibt der Starke.“

Wenn dem aber so ist, so erwächst dem deutschen Staat hieraus eine weitere Pflicht. Er hat Vorsorge dafür zu treffen, daß das unzulängliche Söldnerheer ersetzt wird durch eine Wehrmacht, in welcher nicht jeder Deutsche dienen muß, sondern in welcher es jedem deutschen Volksgenossen Ehre sein wird dienen zu dürfen.“

Wer soll im Dritten Reich noch das Existenzminimum verdienen? Auch darüber wird in der Broschüre auf Seite 18 wörtlich geschrieben:

„Wer aber entsprechend seiner Leistungsfähigkeit Arbeit verrichtet, der hat auch ein unbestreitbares Recht darauf, als Entgelt für seine Arbeit seinen notwendigen Lebensunterhalt gewährleistet zu wissen. Allerdings wird dieses sogenannte Existenzminimum im Einklang mit der Arbeitsleistung stehen müssen, oder mit anderen Worten, wer nur gerade das denkbar geringste Maß an Arbeit leistet, der soll auch nur gerade sein Leben fristen können, er soll sich nicht darüber hinaus Annehmlichkeiten sichern können, die nur einem tüchtigeren oder fleißigeren Arbeiter zukommen.“

Wie sieht das Tarifsystem im Dritten Reich aus? Auch darüber lesen wir auf Seite 18 dieser Broschüre:

„Diese Erwägung zur Grundlage unseres wirtschaftlichen Denkens gemacht, veranlaßt uns, die volle Berechtigung des Tarifsystems anzuerkennen, eines Tarifsystems, dessen Richtlinien im Reichswirtschaftsrat festzulegen sind, während die Stände- und Berufskammern bis hinab zu den Betriebsräten an diesen gesetzlichen Rahmen der Lohnregelung gebunden sein werden. Nur innerhalb des in den Richtlinien offengelassenen Spielraumes hat endlich die letzte Lohnfestsetzung für jeden einzelnen Arbeiter oder für Gruppen solcher im Betriebsrat zu erfolgen.“

Alles nach italienischem Muster. Der letztere Satz dürfte von besonderer Wichtigkeit sein, wenn wir hören, daß auch in dieser Broschüre auf Seite 14 die Zusammensetzung des Betriebsrates neu geregelt werden soll. Es heißt dort:

„Wir werden somit innerhalb jeden Betriebes einen Betriebsrat beibehalten, in welchem außer den Arbeitnehmern auch die Arbeitgeber vertreten sein müssen. Jeder in dem Werke arbeitende Beruf wird seine Vertreter in den Betriebsrat wählen, in gleicher Weise die Angestellten und Arbeitgeber.“

Auch in der Arbeitszeit soll eine große Änderung vorgenommen werden. Wir lesen darüber auf Seite 18:

„Auch bezüglich der Arbeitszeit verurteilen wir jedes starre System und jede naturwidrige Gleichmacherei. Es ist widersinnig, wenn der Arbeiter im Kohlenbergwerk, bei 50 Grad Hitze, auf dem Boden liegend, beim Kohlienschreimen die gleiche Arbeitszeit durchhalten soll, wie der Landarbeiter oder Bauer, der, wenn er seine Ernte nicht gefährdet sehen soll, oft 14 und 16 Stunden täglich, aber unter die Gesundheit und den Körper fördernden, besten Verhältnissen arbeiten muß. Für jede irgendwie geartete Arbeit ist jedoch grundsätzlich daran festzuhalten, daß die höchst-erlaubte Arbeitszeit wesentlich unter jener Grenze liegen muß, bei deren Überschreitung die Gesundheit des Arbeiters Schaden nehmen könnte.“

Scheinbar soll im Dritten Reich die große Arbeitslosigkeit durch eine Verlängerung der Arbeitszeit behoben werden. Wer lächt da?

Aussperrung und Streik sind selbstverständlich im Dritten Reich verboten. Im Dritten Reich werden keinerlei Gewaltmaßnahmen zugelassen. Bei einem eventuellen Streik werden alle Verantwortlichen unter schwerster Strafe gestellt.

Damit nicht genug, auch die Sozialgesetzgebung der Arbeiter soll zum Schaden der gesamten Arbeiterschaft umgestaltet werden. Jährelan-

ger Aufbau soll im Dritten Reich durch einen Federstrich beseitigt werden. Es heißt auf Seite 21: „Die Krankenversicherung ist grundlegend umzugestalten. Heute sind die Krankenkassen viel weniger eine Einrichtung zur Erhaltung der Volksgesundheit, als vielmehr ein Hilfsmittel zur Heranzüchtung angeblicher Krankheitsfälle und gleichzeitig ein Mittel zur Demoralisierung der Ärzte sowohl wie der Kranken.“

Wenn wir von der Volksgesamtheit, vertreten durch den Staat, verlangen, daß sie das deutsche Volk in seiner Art erhalten und fördern soll, wenn wir von ihr verlangen, daß sie dem von Natur gegebenen Selbsterhaltungstrieb im weitesten Sinn des Wortes gerecht wird, und wenn wir dieses gleiche Verlangen an jeden einzelnen Stand und an jeden einzelnen Beruf stellen, dann müssen wir es auch von jedem einzelnen Volksgenossen fordern. Er hat es als selbstverständlich zu erachten, im Falle einer geringfügigen Krankheit, einer Unpäßlichkeit und dergleichen mit der ihm von Natur gegebenen Widerstandskraft selbst dagegen anzugehen und sie zu überwinden, und nur wenn seine Kräfte versagen, die Stütze der Volksgesamtheit in Anspruch zu nehmen.“

Wirklich nette Zustände im Dritten Reich! Der Arbeiter soll erst zusammenbrechen, dann kann er die staatliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Betreffs Altersversicherung wählt Dr. Pfaff einen anderen Weg, als wie sein Parteigenosse Ernst Mann, der bekanntlich dafür eintritt, daß alle die alten, körperlich gebrechlichen Leute Selbstmord verüben sollen. Dr. Pfaff schreibt darüber:

„Die Altersversorgung muß nicht nur erhalten werden, sondern sie ist in großzügiger Weise auszubauen. Hierbei kann es sich allerdings nur um ein Fernziel, um einen vielleicht erst nach Jahrzehnten zu erreichenden Zustand handeln.“

Auch die staatliche Arbeitslosenversicherung soll selbstverständlich aufgehoben werden. Die Schwerindustrie hat diese Forderung schon öfters erhoben. Nachdem diese sogenannte Arbeiterpartei von der Schwerindustrie abhängig ist, wundert uns diese Forderung nicht mehr. Dr. Pfaff schreibt auf Seite 23 und 24:

„Die Arbeitslosenversicherung hat sich gerade durch die früher genannte Bestimmung im Artikel 163 der Verfassung dahin ausgewirkt, daß sie nicht mehr eine segensreiche Einrichtung ist zur Erhaltung derer, die bei aller Arbeitswilligkeit eine Betätigung nicht finden können, sondern daß sie von allen Arbeitsscheuen auch ausgenutzt werden mußte als eine willkommene Ausbeutungsmöglichkeit der Volksgesamtheit.“

Also fort mit der Arbeitslosenversicherung, her mit der Arbeitsdienstpflicht für 20 Rpf. pro Tag und einen Schlag Erbsensuppe. Dr. Pfaff sagt in seiner Broschüre, „Durch die Einführung der Arbeitsdienstpflicht wird eine Arbeitslosenversicherung überflüssig.“

Diese wichtigen Punkte aus der Broschüre des Dr. Pfaff müssen jeden Hand- und Kopfarbeiter zeigen, welche herrlichen Zeiten die Arbeiter im Dritten Reich zu erwarten haben. Für uns Gewerkschafter bedeuten diese Veränderungen zurück zum Mittelalter und zur Feudalherrschaft. Der Arbeiter soll wieder Knecht und Kuli werden, das ist das Ziel der Schwerindustrie, der Großgrundbesitzer und der NSDAP.

Kollegen öffnet den irreführten und verärgerten Arbeitern die Augen, sorgt für Aufklärung. Gr. Fr.

### Hitlers Versprechen an die Unternehmer

In einer von 1000 Industriellen Westdeutschlands besuchten Versammlung hat Hitler seine Ansicht über die Gewerkschaften zum Besten gegeben. Nach einer reaktionären Korrespondenz habe Hitler dort erklärt:

An den heutigen Zuständen sei das Fehlen des nationalen Gedankens schuld. Dazu habe die Sozialdemokratie seit der Revolution planmäßig beigetragen. Die Sozialdemokratie werde gestützt durch die Gewerkschaften. Diese hätten nicht nur das nationale Bewußtsein durch Friedensgesellschaften u. a. zerstört, sondern auch die Persönlichkeit vollkommen erdrückt.

Jeder Mann müsse auf dem richtigen Posten Richtiges leisten. Dabei müsse es starke Unterschiede geben. Manche seien der Auffassung, Eigentum sei Diebstahl, aber der Unterschied in der Persönlichkeit ergebe auch Unterschiede im Besitz und in den sonstigen Verhältnissen. Er plädierte jedenfalls für das Recht der Persönlichkeit. Er erkläre schärfsten Kampf gegen die Gewerkschaften.

Was Hitler demnach als Ziel der Naziherrschaft bezeichnet, kann in zwei Sätzen umrissen werden:

1. Die Vernichtung aller Gewerkschaften.
  2. Die Wiederherstellung aller Rechte der freien Persönlichkeit des Unternehmertums.
- Nun kann man verstehen, daß in Erwartung dieser großen Ziele das Unternehmertum sich die Förderung der Nazibewegung eine Stange Gold kosten läßt.

## Bekanntmachung

Auf Antrag der Mitgliedschaft *Wuppertal* wurde der Steindrucker *Willi Reffling* Buch Nr. 44292 wegen unkollegialen Verhaltens gemäß § 6 Absatz 2 der Satzungen aus dem Verbandsausgeschlossen.

Auf Antrag der Mitgliedschaft *Braunschweig* wurde der Lithograph *Louis Lüdecke* Buch Nr. 53236 wegen Unterstützung gewerkschaftsfeindlicher Bestrebungen gemäß § 6 Absatz 2 aus dem Verbands ausgeschlossen.

Der Verbandsvorstand.

## Noch keine Entscheidungen im Tarifstreit

Die Kollegenschaft ist über den Gang der Tarifverhandlungen fortlaufend unterrichtet worden. Im Lithographie- und Steindruckgewerbe hat sich die Sachlage bisher in keiner Weise geändert. Das soll nicht heißen, daß nichts geschehen ist. In den Betrieben ist schon mancher Vorstoß versucht worden. Bisher ist es bei den Versuchen geblieben. Zentral ist nach neuen Wegen einer Verständigung gesucht worden. So ist mit dem Schutzverband eine Verständigung dahin möglich geworden, am 8. Juni eine Aussprache zwischen den Verbandsvorständen zu pflegen, ob die Grundlage für einen neuen Tarifabschluß zu finden ist. Wenn die Kollegen diese Zeilen lesen, ist also die Aussprache bereits gewesen. Über den Verlauf dieser Aussprache wird wie üblich berichtet werden.

Der Bund chemographischer Anstalten hat die Verbindlichkeitsklärung des gefällten Schiedsspruches beim RAM. beantragt. Eine Verhandlung ist für Montag, den 13. Juni im Reichsarbeitsministerium angesetzt. Zur Zeit ist das Reichsarbeitsministerium noch Halbweise; ein Arbeitsminister hat sich bis zum Schreiben dieser Zeilen noch nicht gefunden. Einstweilen führt der Reichswirtschaftsminister Prof. Warmbold die Geschäfte des RAM. mit, der nicht all zu sehr auf die Verbindlichkeitsklärung dringen wird. Auch die Unternehmer werden aus der neuen politischen Sachlage Kapital zu schlagen suchen. Unsere Abwehr bleibt die gleiche wie zuvor. Die Gehilfenschaft ist für einen Tarif. Er muß ihr aber auch etwas zu bieten haben. Sonst ist eine Bindung für die Katz.

## Eine feine Nummer

Im „Klimeschen Anzeiger“ Nr. 20 vom 20. Mai dieses Jahres befindet sich ein Inserat, nach dem Andrucker von einer Offsetgroßdruckerei zum baldigen Antritt gesucht werden. Ein Kollege bewirbt sich dort und erhielt darauf folgende Antwort:

„Wir können von Ihrem Angebot einen Gebrauch leider nicht machen und geben Ihnen Ihre Unterlagen anbei mit Dank zurück.“

Ganz abgesehen von dem geradezu schauerhaften Deutsch ist diese Antwort gelinde gesagt eine Flegelrei. Keine Anrede und keine Unterschrift, gerade so, als ob Arbeiter Hunde wären. Wir vermuten zwar, wer das ist, können aber leider wegen Mangel an Beweisen den Namen nicht nennen. Es sei nur noch bemerkt, daß diese Antwort aus der Stadt der Feengrotten, Saalfeld, stammt und sich dort nur eine einzige Offsetgroßdruckerei befindet.

Weiteres Kommentar wohl überflüssig.

## Einem wackeren Streiter

Das Proletariat und die Kollegenschaft stehen augenblicklich in einem äußerst harten Kampfe um ihre lebenswichtigen Interessen. Alle assoziierten Kräfte sind emsig bemüht zu vernichten, was Solidarität, Opferfreudigkeit und Disziplin der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen errungen und aufgebaut haben. In diesem Kesselstreben, das sich in erster Linie gegen die gewerkschaftlichen Organisationen richtet, ist es uns eine Freude, einem Kollegen zu danken, der 25 Jahre unentwegt als Funktionär unserer Organisation in vorbildlicher Treue seine schwere Pflicht erfüllt hat. 25 Jahre lang ist der Kollege Steindrucker

*Hermann Leder* (Hirschberg), Funktionär unseres Verbandes und 20 Jahre lang Vorsitzender seiner Mitgliedschaft. Das will in der bewegten Zeit, die hinter uns liegt, schon etwas heißen. Die Gegenwart ist keinesfalls besser und die Zukunft wird erst recht den ganzen Menschen im Dienste unserer guten Sache brauchen. Und daß Kollege Leder auch in Zukunft wie bisher im Ringen der Kollegenschaft und der Arbeiterklasse um mehr Recht und um mehr Lebensfreude seinen ganzen Mann stehen wird, das ist uns Gewißheit. Dafür birgt uns sein bisheriges treues, selbstloses Wirken im Dienste unserer Organisation, für die ihm die Dankbarkeit der Organisation und aller aufrechten Klassenkämpfer sicher ist.

## Der Zollsandal

Die Unternehmer begründen ihre Forderungen auf Lohnabbau nicht selten damit, daß die deutsche Industrie mit dem Ausland konkurrieren müsse. Der Hinweis, daß dann den deutschen Arbeitern auch die Lebensbasis des Auslandes gegeben werden müsse, wird damit abgewehrt, daß man — natürlich mit Ausnahme für die eigene Industrie — gegen Zölle in solchem Ausmaß sei. Einen Ausschnitt, welcher Zollwahnwitz zur Zeit grassiert, liefert das „Berliner Tageblatt“ in einem Aufsatz, der sich mit dem schwungvollen Schmuggel an der deutschen Westgrenze beschäftigt. Dort heißt es:

„Die Zollschutzmaßnahmen in Deutschland haben zum Teil exorbitante Preisunterschiede zwischen unverzollten und verzollten Waren zur Folge gehabt. Dies gilt in der Hauptsache für Zigaretten, Zigarettenpapier, Tabak, Kaffee, Getreide und Mollereierzeugnisse. Einige Beispiele seien hier herausgegriffen:

Zwanzig Stück holländische Turmac-Zigaretten kosten verzollt 9,70 Mk., unverzollt 0,80 Mk. Der Preisunterschied beträgt also 8,90 Mk. 50 g holländischer Tabak kosten verzollt 15,20 Mk., unverzollt 0,40 Mk. Der Preisunterschied beläuft sich auf 14,80 Mk. 250 g holländischer Kaffee kosten verzollt 1,85 Mk., unverzollt 1,10 Mk., der Preisunterschied beträgt also 75 Pf. Ein Zentner Weizen kostet verzollt 19,50 Mk., unverzollt 6,50 Mk., Preisunterschied 13 Mk., ein Zentner Mehl verzollt 30 Mk., unverzollt 8 Mk., Preisunterschied 22 Mk.“

Ist das auch Wahnsinn, hat es doch Methode!

## Der ZdA. in neuen Räumen

Der Zentralverband der Angestellten, entstanden aus dem Zentralverband der Handlungsgehilfen, dem Verband der Büroangestellten und dem Verband der Lagerhalter hat in seiner Zusammenarbeit mit den freien Gewerkschaften trotz vieler Widerstände eine erfreuliche Entwicklung zu verzeichnen. Mit 94.000 Mitgliedern erreichte der ZdA. in den Kriegsjahren seinen höchsten Stand und die Inflationszeit brachte 145.000 feste Mitglieder. Dann war die Entwicklung der Mitgliederzahlen wie folgt:

|         |         |         |         |
|---------|---------|---------|---------|
| 1924    | 1925    | 1926    | 1927    |
| 175 409 | 152 868 | 149 259 | 152 230 |
| 1928    | 1929    | 1930    | 1931    |
| 176 212 | 199 450 | 210 380 | 203 489 |

Die Entwicklung zu einem so großen Verband blieb natürlich nicht ohne Rückwirkungen auf das innere Gefüge der Organisation. Die Verwaltung mußte der zahlenmäßigen Ausdehnung angepaßt werden und das Wachstum erlaubte auch einen weitgehenden Ausbau der Unterstützungseinrichtungen, zu denen auch die leistungsfähige Berufskrankenkasse der Angestellten gehört. Um den mannigfachen Informations- und Bildungswünschen zu entsprechen, hat der Zentralverband der Angestellten sein Augenmerk auf die Herausgabe einer vielseitigen und zahlreichen Presse legen müssen. Neben dem Hauptorgan „Der freie Angestellte“ erscheinen noch 8 Zeitschriften, die im Wesentlichen der fachlichen Bildung der Mitglieder dienen, während ein Pressedienst die schnelle Weitergabe wichtiger Nachrichten des Verbandes an die Tagespresse besorgt. Als besonders wichtige Zweige der Verbandsarbeit zur Schulung der Mitgliedschaft sind Bildungs- und Jugendarbeit anzusehen, die beide im starken Maße darauf gerichtet sind, nicht nur den geeigneten Nachwuchs an Mitarbeitern aus der Organisation zu gewinnen, sondern auch die Mitgliedschaft ganz allgemein zu befähigen, an den

sozialen und politischen Auseinandersetzungen unserer Zeit teilzunehmen. In diesem Sinne ließe sich der Ausbau der Organisation mit vielen weiteren Einzelheiten belegen. Bisher mußte der Verband seine vielfachen Arbeiten in unzureichenden Arbeitsräumen bewältigen. Die Einrichtung des neuen Verbandshauses in Berlin W 57, Potsdamer Straße 75, entspricht absolut den Bedürfnissen der Organisation und dem Architekten Albert Gotttheiner gebührt das Verdienst, die Inneneinrichtung des Hauses auf das zweckmäßigste, einfachste und geschmackvollste besorgt zu haben. Helle und freundliche Arbeitsräume beherbergen in drei Stockwerken den Mitarbeiterstab der Hauptverwaltung, Sitzungssaal, Speiseraum, Registratur und Archiv sind groß, hell und zweckmäßig eingerichtet. Sie sind in gewisser Hinsicht der allgemeine Eindruck für die Arbeitszimmer im ganzen Haus, auf die sich die einzelnen zum Betriebe eines modernen Gewerkschaftsbüros gehörenden Abteilungen verteilen. Ohne Übertreibung darf gesagt werden, daß der Zentralverband der Angestellten auf diese Arbeitsstätte stolz ist und mit gutem Gewissen auf sein neues Heim verweisen kann, weil das Haus und seine Einrichtung dem Verband keine Lebenskraft gekostet, sondern entstanden und organisch entwickelt sind aus den Bedürfnissen der freien Gewerkschaft der Handlungsgehilfen und Büroangestellten.

## Was ist der Krieg?

Der Krieg ist organisierte Zerstörung und Massenmord, verübt von den zivilisierten Nationen. Er ist nicht nur ein Rückfall in die Barbarei, sondern mehr das Hauptgeschäft der Zivilisation — eine Bestätigung von der Art und Weise, wie fremde Märkte und Gebiete erobert werden zur Investierung des modernen Kapitalismus, ein ausdrückliches Schandmal. Der Krieg ist nicht nur eine Angelegenheit der Schlachtfelder, sondern durch das Abschlagen von Nichtkämpfern, die Luftbombardements auf Städte sowie das gemeine Gemetzel von Frauen und Kindern, ist es ein ganz gemeiner Raub im großen, ein Vandalismus und Rassenselbstmord der abstoßendsten, schweißlichen und weitreichendsten Art.

Wir haben die Pflicht, als Rasse fortzuschreiten ohne organisierten Mord. Durch geistigen Internationalismus müssen wir vorwärtskommen, aber nicht durch viehische Kraft des Nationalismus. Aus *Lith. Journal America*.

## Professor Herkner gestorben

Mit Prof. Heinrich Herkner ist ein echter Sozialpolitiker alter Schule zu Grabe getragen worden. Herkner war ein Jünger Brentanos. Mit ungewöhnlichem Fleiß ging er daran, die sozialen Verhältnisse in der Frühzeit der deutschen Industrie zu studieren. Wegen einer von Brentano veranlaßten Broschüre „Die oberelbassische Baumwollindustrie und ihre Arbeiter“ ist es einmal zu einem großen Streit gekommen. Diese Broschüre, die gegen die damalige Politik im Elsaß verstieß, hatte den Abschied Brentanos von der Straßburger Universität zur Folge. Neben Brentano hat Prof. Herkner im Verein für Sozialpolitik eine große Rolle gespielt. Sein bedeutsames Buch „Die Arbeiterfrage“, welches im Jahre 1894 erschien, hat berechtigtes Aufsehen im In- und Auslande erregt. Vor allem deshalb, weil hier ein Gelehrter von Ruf sich positiv zur Sozialpolitik einstellte und namentlich den Gewerkschaften Gerechtigkeit andeihen ließ. Das Buch ist mehrfach übersetzt worden und galt als ein Standardwerk der Sozialpolitik. In der Nachkriegszeit hat Prof. Herkner eine Schenkung vollzogen. Er stand in dieser Beziehung unter den bürgerlichen Sozialpolitikern nicht allein. Als die Arbeiterklasse infolge der Umwälzung in die Lage kam ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen und die Sozialpolitik nach eigenem Wunsch zu formen, da wandten sich auch gute Freunde von ihr ab. Trotzdem ist Herkner nicht wie manche andere zu den Reaktionen hinübergeschwenkt, sondern ein bürgerlicher Demokrat geblieben. Seit 1920 hat er im sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats fleißig mitgearbeitet. In einer Zeit, wo die Arbeiterbewegung noch ganz allein stand, hatte Herkner den Mut, offen für sie einzutreten und in bürgerlichen Kreisen sozialpolitisch tätig zu sein. Das wollen wir ihm hoch anrechnen. Sein Buch „Die Arbeiterfrage“ wird in der sozialpolitischen Literatur weiter leben.

Neuerschienen! Graphische Lehrbücher, Band I, 1. Auflage 1931

## FARBENLEHRE FÜR DAS STEINDRUCKGEWERBE

Eine berufekundliche Grundlage für Schule und Praxis  
 Bearbeitet von A. Müller-Holstein, Studienrat, Nürnberg  
 Verlag: Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe  
 Zu beziehen durch: CONRAD MÜLLER, SCHNEUDITZ-LEIPZIG, Tel. 553.

Zinkdruckpasten in Ia Lithographie-Qualität

Ia Auswaschtinktur Zinkätzsalz D. R. P.

Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck

Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36  
 Wiener Straße Nr. 50  
 Tel. F. 8 Oberbaum 2289.